



GÜNTHER PLATTER
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

1090 Wien, Roßauer Lände 1

S91143/49-PMVD/2004

21. Juli 2004

Herrn

XXII. GP.-NR

Präsidenten des Nationalrates

1813 /AB

2004 -07- 26

Parlament

zu 1801 /J

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Niederwieser, Genossinnen und Genossen haben am 26. Mai 2004 unter der Nr. 1801/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Kasernen-Nutzung im Bundesland Tirol" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend darf ich darauf hinweisen, dass mit dem mir am 14. Juni 2004 übergebenen Bericht der Bundesheerreformkommission eine hervorragende Basis für die Streitkräfteentwicklung vorliegt und die darin enthaltenen Empfehlungen als Grundlage für die notwendige Reform herangezogen werden. Die Umsetzung der Empfehlungen erfolgt durch die von mir dafür eingerichtete Projektorganisation „Management Bundesheer 2010“, wobei die Streitkräfteplanung bis Ende des heurigen Jahres abgeschlossen sein soll, um in weiterer Folge die Zielstruktur für das Bundesheer des Jahres 2010 zu definieren. Ungeachtet der dabei erforderlichen Einsparungen, die zweifellos auch Kasernenschließungen umfassen werden, kann ich jedoch versichern, dass das Bundesheer auch weiterhin in allen Bundesländern garnisoniert sein wird.

Im Einzelnen beantworte ich die vorliegenden Fragen wie folgt:

Zu 1:

In Tirol sind derzeit rund 1.400 Personen in einem Dienstverhältnis sowie rund 1.050 Präsenz- bzw. Ausbildungsdienst leistende Soldaten im Dienste des Bundesheeres eingesetzt. Die Darstellung der Entwicklung des Personalstandes bezogen auf das Gebiet des Bundeslandes Tirol wäre nur durch eine händische Auswertung tausender Personalakte möglich. Ich ersuche daher um Verständnis, dass ich wegen des damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwandes von einer Beantwortung dieser Detailfrage Abstand nehme.

Zu 2 und 5 bis 8:

Im Sinne meiner einleitenden Ausführungen können erste Aussagen zu diesen Fragen erst nach abgeschlossener Streitkräfteplanung getroffen werden, da die Feststellung, welche Strukturen in welcher Region benötigt werden, die zentrale Voraussetzung für das zukünftige Liegenschaftskonzept darstellt. Damit wird es dann möglich sein, nach militärischen, wirtschaftlichen und regionalen Gesichtspunkten – unter Einbindung der Länder – den konkreten, zukünftigen Bedarf an Kasernen und Liegenschaften zu definieren.

Zu 3 und 4:

Da detaillierte Auskünfte über Gebäude, Kasernen und Liegenschaften des österreichischen Bundesheeres Rückschlüsse auf Einsatzstärke und andere einsatzrelevante Grundlagen zuließen, sind diese Fragen nicht geeignet, im Rahmen einer parlamentarischen Anfragebeantwortung öffentlich erörtert zu werden. Im Übrigen verweise ich auf meine einleitenden Bemerkungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Günther', written in a cursive style.